

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Wolfgang Albers (LINKE)**

vom 27. November 2012 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. November 2012) und **Antwort**

Fehlender Lärmschutz an der Wartenberger Straße

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Trifft es zu, dass die geplante Begradigung der Straßenbahnschleife Wartenberger Straße nicht vorgenommen werden kann, weil der BVG wegen der Bau- und Sanierungsmaßnahmen an der Invalidenstraße und der Treskallee die notwendigen Gelder fehlen?

Antwort zu 1: Das trifft nicht zu. Die Finanzierung des Vorhabens ist Bestandteil einer grundsätzlichen Zusage des Bundesministeriums für Verkehr, Bauwesen und Städtebau (BMVBS) gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) unter finanzieller Beteiligung des Landes Berlin.

Frage 2: Wenn ja, welche Konsequenzen ergeben sich daraus für den Lärmschutz der Anwohner?

Antwort zu 2: Entfällt, siehe Antwort zu 1.

Frage 3: Welche notwendigen und längst überfälligen Maßnahmen zur Minderung der Lärmbelastung, die durch die Straßenbahnschleife Wartenberger Straße sowie die kurvenreiche Trassenführung von der Wartenberger Straße in die Hauptstraße verursacht wird, sind stattdessen angedacht?

Antwort zu 3: Forderungen nach Maßnahmen zur Minderung der von den Straßenbahnen im Bereich Gleisschleife Gehrenseestraße ausgehenden Lärmbelastung sind dem Senat nicht bekannt. Unabhängig davon verfolgen Senat und BVG gemeinsam das Ziel einer Begradigung dieses Streckenabschnitts. Im Ergebnis dessen würde auch die von Straßenbahnen ausgehende Lärmbelastung vermindert werden.

Frage 4: Ist der Senat mit der BVG wegen dieser Problematik im Gespräch?

Antwort zu 4: Ja.

Frage 5: Aus welchem Grund wurde die ursprüngliche Geschwindigkeitsbegrenzung für die Tram (5 km/h in der Schleife, 30 km/h über die Trassenkurven) in diesem Bereich aufgehoben?

Antwort zu 5: Hierzu teilte die um Auskunft gebetene BVG mit, dass ihr eine derartige Geschwindigkeitsbegrenzung für Straßenbahnen nicht bekannt ist.

Frage 6: Ist daran gedacht, durch die Wiedereinführung der Geschwindigkeitsbegrenzung zumindest einen Teil der Lärmbelastung zu reduzieren?

Antwort zu 6: Nein, siehe Antwort zu Frage 3.

Berlin, den 18. Dezember 2012

In Vertretung

Christian Gaebler

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. Jan. 2013)